

DRINGLICHE RESOLUTION

Urheber Vincent Roten, PDCC, Xavier Moret, PLR, Aïda Lips (Suppl.), UDC, und Dominic Eggel, CVPO
Gegenstand NEIN zur AP 2022+
Datum 12.12.2017
Nummer 7.0067

Aktualität des Ereignisses

Am 1.11.2017 hat der Bundesrat seine Vision für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik 22+ vorgestellt. Eine Vision, welche die Landwirte unseres Kantons in eine unerträgliche Situation bringt.

Unvorhersehbarkeit

Es wies nichts darauf hin, dass der Bundesrat eine Stellungnahme veröffentlichen würde, die dem Willen der Landwirtschaft und der Bevölkerung, wie am 24.9.2017 an den Urnen (Gegenentwurf zur Volksinitiative „Für Ernährungssicherheit“) geäussert, widerspricht.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Die ersten Debatten zur Umsetzung der Agrarpolitik 22+ finden im Frühling 2018 im Bundeshaus statt. Es ist also wichtig, vor der Gesetzgebungsarbeit auf Bundesebene Stellung zu beziehen, wenn wir ein Mitspracherecht wollen.

Das Wallis sagt Nein zur Gesamtschau des Bundesrats zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab dem Jahr 2022 (AP 2022+)!

Der Bundesrat möchte die Landwirtschaft zum Tauschobjekt machen, indem er die Märkte noch weiter öffnet. Das ist in der Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab dem Jahr 2022, die er am 1. November veröffentlicht hat, so skizziert.

Die vom Bundesrat angestrebte Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft wird ein frommer Wunsch bleiben, da das Kostenniveau in der Schweiz deutlich höher als im Ausland bleiben wird. Die Landwirtschaftsbetriebe haben dadurch einen bedeutenden Wettbewerbsnachteil gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Sie können die Produktion nicht verlagern. Der Zollschutz bleibt ein wichtiges Instrument, damit unsere Bauernfamilien ihren Leistungsauftrag in Sachen Ressourcenerhalt, qualitativ guter Ernährung und Tierwohl erfüllen können. Die Vision des Bundesrates würde das Niveau senken und zu noch grösseren Schwierigkeiten für den Sektor führen, ohne dass der Konsument dabei etwas gewinnen würde.

Die Landwirtschaft ist zwar am meisten bedroht, aber wir als Konsumentinnen und Konsumenten sind ebenfalls betroffen. Am 24. September 2017 haben fast 85 % der Walliser Bevölkerung die Verankerung der Ernährungssicherheit in der Bundesverfassung befürwortet. Der Bericht des Bundesrates verhöhnt und übergeht dieses Volksbegehren, die Oberhand über die Ernährung zu behalten.

Angesichts der Herausforderungen im Bereich Nachhaltigkeit, denen sich unsere Landwirtschaft stellen muss, würde eine weitere Marktöffnung, wie sie der Bundesrat plant, etwas Unmögliches verlangen: mehr wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitig mehr Umweltauflagen.

Die Bauernfamilien erwarten Stabilität. Es wird heute schon genug von ihnen verlangt, ohne dass die Situation noch zusätzlich durch eine katastrophale Agrarpolitik verkompliziert wird.

Schlussfolgerung

Der Grosse Rat des Kantons Wallis lehnt die heimtückische Strategie des Bundesrates klar ab. Er verlangt vom Walliser Staatsrat, sich der zerstörerischen Vision des Bundesrates entschlossen zu widersetzen. Er fordert die eidgenössischen Kammern auf, diese Vision abzulehnen. Anpassungen an der derzeitigen nationalen Agrarpolitik sind möglich, aber dabei darf unsere Landwirtschaft nicht auf dem Altar des Liberalismus geopfert werden.